

# Nur halt nicht hier

**DEMOKRATIE** Im grün-links dominierten Berliner Bezirk Pankow kämpfen Anwohner gegen den Neubau zweier Wohnhäuser für Geflüchtete in ihren Innenhöfen. Wie in einer Nussschale eskalieren hier die Konflikte des ganzen Landes – was wird aus einer Gesellschaft, die sich auf nichts mehr einigen kann? *Von Frauke Hunfeld und Anne Schönharting (Fotos)* 



rau Schwan hat sich nicht gemeldet. Sie haben ein paarmal angerufen von der Anwohnerinitiative und ihr geschrieben wegen der Schirmherrinnenschaft, aber Gesine Schwan, die mal Bundespräsidentin werden sollte, habe nichts von sich hören lassen.

Eckart von Hirschhausen, den Fernsehdoktor, haben sie erreicht, er lässt bestellen, er unterstütze sie »ideell«. Für mehr habe er keine Zeit.

Jemand hat grüne Lampions mitgebracht zur Versammlung der Anwohnerinitiative »Kiez macht Klima« im Osten Berlins, für den nächsten Protestumzug.

Die Fledermäuse halten Winterschlaf.

Der Gysi könne im Moment auch nichts machen. Seine Kastanie ist nicht in Gefahr, sie liegt außerhalb des geplanten Baufelds. Der Linkenpolitiker Gregor Gysi hatte sich als »Baumpate« zur Verfügung gestellt und auf der Wiese zwischen den Häusern eine bung ist vergleichsweise mondän. Vor den Fenstern singen die Vögel, in den alten Bäumen turnen die Eichhörnchen, alle haben Sonne, Licht und Luft. Ein Idyll, wie es in Großstädten selten zu finden ist, schon gar nicht für normale Leute.

Viele der Bewohnerinnen und Bewohner leben schon seit Jahrzehnten in der Anlage. Sie haben ihre Kinder hier großgezogen, sie haben hier erlebt, wie ihr Staat untergegangen ist. Unweit liegt das Schloss Schönhausen, in dem der Zentrale Runde Tisch der DDR tagte und eines der Zwei-plus-Vier-Gespräche zur deutschen Wiedervereinigung stattfand.

Die Mieter haben ihre Wohnungen, die seit 1994 der Gesobau gehören, oft selbst saniert und ausgebaut. Es sind Familien, Alleinerziehende, viele Rentner. Manche haben die Buchen, Eichen und Kastanien im Innenhof damals selbst mitgepflanzt. Im südlichen Hof gibt Dies ist keine Geschichte über eine Grünfläche in Pankow, auch wenn sie davon handelt. Es geht um die Frage, die nicht nur in Pankow gestellt wird, und es geht um Antworten, die man nicht nur in Pankow nicht findet. Es ist die Deutschland-Frage.

Jede Veränderung fordert Opfer. Häuser oder Wohnheime, Windräder oder Bahnstrecken, Autobahnneubau oder Fahrradwege – es gibt immer Leute, die dadurch Nachteile haben. Es ist immer jemand schon da, der etwas abgeben muss, der verliert.

Jede Nicht-Veränderung hat aber auch Verlierer.

Kommt die Demokratie an ihre Grenzen? Reden zu viele mit? Kann sie noch Entscheidungen treffen? Kann sie noch einen Ausgleich finden?

Der Konflikt in Pankow ist wie eine verzwickte Familienaufstellung: Es gibt die Anwohner, die Mieter der Wohnungsbaugesell-



kleine Rede gehalten darüber, dass der Mensch ja ohne Natur nicht leben kann und dass er für Klimaschutz ist.

Wer ist das nicht? Das Land Berlin ist für Klimaschutz. Die Wohnungsbaugesellschaft ist auch für Klimaschutz. Alle sind für Klimaschutz. Alle sind für Fledermäuse. Alle sind für Bäume.

Nur halt nicht hier.

Hier sollen die Bäume jetzt weg, und die Fledermäuse sollen bitte in Zukunft woanders schlafen. Die landeseigene Berliner Wohnungsbaugesellschaft Gesobau will stattdessen zwei neue Wohnblöcke in den Innenhöfen errichten.

Die Anwohner wollen das nicht. Sie lieben ihre Höfe. Rund 600 Menschen leben in vier- und fünfstöckigen Mehrfamilienblöcken der Kavalier- und der Ossietzkystraße im Ostteil Berlins zur Miete, die Wohnungen sind vergleichsweise bescheiden, die Umge-

es einen Spielplatz mit kleiner Rutsche, einem Sandkasten und einem Spielhaus, der auch von den umliegenden Kitas genutzt wird. Es wurden Feste gefeiert in ihren Höfen, es wurden Konzerte veranstaltet, und um einen der alten Bäume haben die Bewohner einen wetterfesten Bücherschrank gebaut, aus dem man Tag und Nacht kostenlos Bücher entnehmen kann, eine Art Leihbibliothek des Vertrauens.

Doch Berlin wird immer voller. Die Bevölkerung wächst. Die Wohnungsnot ist groß, Mieten explodieren, geflüchtete Menschen schlafen in Notunterkünften Liege an Liege. Es muss gebaut werden.

Jeder sieht das ein. Jeder ist für bezahlbaren Wohnraum.

Nur halt nicht hier.

1 | Demonstration gegen geplante Baumfällung 2 | Passanten vor Bauzaun im begrünten Innenhof 3 | Protestplakate an Gesobau-Haus schaft Gesobau sind und gegen die Gesobau um ihre Höfe kämpfen. Es gibt die Gesobau, der die Höfe gehören. Es gibt das Land Berlin, dem die Gesobau gehört und das dringend Wohnungen aller Art braucht, für Berliner und für Geflüchtete. Die Baugesellschaft wollte erst 170, dann 100 Wohnungen in die Höfe bauen und hat, als das auf Widerstand stieß, auf Geheiß des Landes die gleichen Wohnungen zu Flüchtlingsunterkünften umdeklariert, weil die Genehmigung dafür das Land Berlin erteilt.

Es gibt die Bezirksvertretung, die die Anwohner unterstützt, ihre Mitglieder werden nur von den Pankowerinnen und Pankowern gewählt. Es gibt die Naturschutzverbände, deren Recht und Pflicht es ist, Bäume und Tiere zu schützen, zur Not auch vor Gericht. Alle haben ihre Interessen, alle sind voneinander abhängig. Jeder hat angeblich das Gemeinwohl im Sinn, die Fledermäuse, die Woh-

nungsnot, die Geflüchteten, den sozialen Frieden. Keiner glaubt dem anderen mehr.

#### **Die Anwohner**

Britta Krehl ist vor acht Jahren in die Kavalierstraße gezogen. Sie ist freiberufliche Fotografin, 53 Jahre alt und ein eher zurückhaltender Typ. Mit Tochter und ihrem Lebensgefährten lebt sie auf 65 Quadratmetern in drei kleinen Zimmern. Jeden Tag schaut sie mit mehr Wehmut auf die Bäume vor ihrem Haus. »Ich glaube, das ist Teil des Dilemmas«, sagt sie, »dass die Wohnungsbaugesellschaft uns von Anfang an zu verstehen gegeben hat: Ihr seid die dummen, egoistischen Anwohner. Ihr wisst sowieso nicht, was gut ist und was richtig ist. Zu sagen habt ihr auch nichts.«

Die vergangenen Jahre hätten sie verändert, erzählt sie. Sie ist misstrauischer geworden gegenüber Behörden und Politik. Sie kann aus dem Stegreif Reden halten. Sie kann Diskussionen moderieren und Bauparagrafen zitieren. Sie kann polemisch sein und Leuten das Wort abschneiden. Sie ist so etwas wie der Motor der Anwohnerinitiative.

Am Anfang habe sie auch Schuldgefühle gehabt, sagt sie.

»Sie haben uns ›Nimbys‹ genannt, nach dem englischen Begriff ›not in my backyard‹.« Nicht in meinem Hof bedeutet das und steht für Leute, die für Veränderung sind, solange sie selbst nichts abgeben müssen.

Es sei ihr nahe gegangen, sagt sie. Inzwischen findet sie es in Ordnung, für die eigenen Interessen einzutreten. »In meiner idealen Welt kann jeder kommen und da leben, wo er leben möchte«, sagt Krehl. »Aber es kann doch nicht sein, dass die Menschen, die schon hier sind, ständig damit leben müssen, dass sich ihre Lebensbedingungen deswegen verschlechtern.«

Sie erzählt von älteren Nachbarn, die weinten, wenn sie daran dachten, was aus ihren Höfen werden soll. Von Leuten voller Angst. Eine Wohnung, sagt sie, ist doch mehr als irgendein Platz, um zu schlafen. Sie bedeutet Heimat, Sicherheit, Identität. Krehl ringt um die richtigen Worte. Ist es egoistisch, für den Erhalt von Bäumen zu kämpfen, bei so großer Wohnungsnot? Ist es rassistisch zu sagen, dass einem unwohl ist, als Frau und Mutter eines Mädchens, wenn einem der Senat eine Unterkunft für 420 Geflüchtete, überwiegend Männer, in den Innenhof baut? »Wie soll ich mich ausdrücken, ohne dass das irgendwie doch falsch klingt?«, fragt sie. »Es muss doch am Ende für alle erträglich sein.«

Seit Oktober vergangenen Jahres sind die Freiflächen mit Metallgittern eingezäunt wie Gefängnishöfe. Die zukünftige Bauherrin hat Angst vor »Störern«, die sich vielleicht irgendwo anketten oder festkleben oder Baumhäuser bauen wie im Hambacher Forst. Die Anwohner können die Wiesen nicht mehr nutzen und auch die Wege und kleinen Abkürzungen nicht mehr. Sie verstehen das als Machtdemonstration. Es gab ein paar hässliche Bilder in den Zeitungen von dem Tag,

als die Umzäunung aufgestellt wurde, wie anwohnende Rentnerinnen aus der Zufahrt getragen werden, im Hintergrund Security mit Kampfhunden. Die Gesobau ließ Videoüberwachungsgeräte und Bewegungsmelder installieren. Tag und Nacht patrouillieren junge Männer einer Sicherheitsfirma um die eingezäunten Bäume, das Spielhaus und die verwaiste Rutsche. Nachts sieht man ihre Taschenlampen durch die Sträucher leuchten. Nicht selten entlädt sich der Zorn der Anwohner bei ihnen.

Neulich sei eine Frau am Zaun gewesen, die Said zugerufen habe, dass er abhauen solmassive fünfstöckige Wohnblocks direkt vor ihren Fenstern.

Sie sollten abstimmen, welche der drei Varianten ihnen am liebsten sei. Die Varianten »Gar nicht bauen« oder »Deutlich weniger bauen« war allerdings nicht vorgesehen.

Die Mieter fühlten sich überrumpelt. Eine eigens angeheuerte Moderatorencrew konnte die Leute nicht beruhigen. Nach tumultartigen Szenen wurde die Veranstaltung abgebrochen.

Es gab später noch weitere Runden, Werkstattgespräche und Infoveranstaltungen mit der Gesobau, die im Verlauf einen Wohn-





le. Dass Kanaken hier nichts zu suchen hätten. Said, der eigentlich anders heißt, ist 22 Jahre alt und schiebt seit Oktober hier Dienst.

Er lässt sich nicht provozieren. »Ich bin Dienstleister«, sagt er und lächelt. Manche würden mit Müll auf sie werfen oder mit Flaschen, erzählt er. Die meisten seien nett. Sie wünschen einen schönen Tag und dass sie sich nicht erkälten sollen. Eine ältere Dame komme mehrmals die Woche, zum Reden. Ihre Kinder seien beide gestorben, traurige Geschichte. Manchmal bleibt sie eine Stunde oder länger am Zaun, und Said hört ihr zu. Auf seiner Jacke steht: Macht. Alles. Gut.

Als im Januar der Schnee fiel, haben Said und seine Kollegen Schneemänner gebaut und Herzen in den Schnee gemalt. Manche der Nachbarn fühlten sich provoziert, sagt Said. Warum, weiß er nicht. Vielleicht weil ihre Kinder auf der Wiese keine Schneemänner mehr bauen können?

Seit 2019 wissen die Anwohner in Pankow, dass ihre Höfe bebaut werden sollen.

Erst lagen Briefe in den Kästen, dann stand ein Zelt im Hof, mit Holzfußboden und Security davor. Die Ausweise wurden kontrolliert, und wer reindurfte, fand sich in einer sogenannten Partizipationsveranstaltung wieder. Auf Stellwänden sahen die Anwohnerinnen und Anwohner Modelle von dem, was aus ihren Grünanlagen werden sollte: drei

1 | Gesammelte Unterschriften

2 | Hofkonzert unter Bäumen in Hinterhof

3 | Anwohnerin Krehl 4 | Protestierende vor dem Berliner Abgeordnetenhaus 5 | Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes mit Hund block strich, aber sie waren spärlich besucht. Als die Anwohner begriffen, dass sie gar nicht wirklich entscheiden durften, ob oder wie viel gebaut wird, sondern eher, wo die Mülltonnen stehen sollen, wandten die meisten sich ab.

Stattdessen klebten sie Plakate, stellten Anträge beim Bezirk, sammelten Unterschriften gegen die Gesobau-Pläne. Sie erarbeiteten einen Kompromiss, zusammen mit dem Bezirk, wie man doch bauen könnte, weniger Wohnungen und so mehr Bäume erhalten. Sie zogen zum Roten Rathaus, dem Regierungssitz und sangen immer wieder. »Was müssen das für Bäume sein, wo die großen Elefanten spazieren gehn, ohne sich zu stoßen«.

Ein bisschen schief zwar, aber rührend.

Zwei von ihnen schlugen sich irgendwann in die Eingangshalle durch, aber alle Wichtigen rannten an ihnen vorbei. Der Regierende Bürgermeister oder der Bausenator ließen sich nicht blicken und auch sonst keiner, der wenigstens ihre Unterschriften hätte entgegennehmen wollen. Sie haben sie wieder eingepackt und mit nach Pankow genommen.

Bürgerbeteiligung wird den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften vorgeschrieben. Man will die Leute »mitnehmen«, wie es so schön heißt, Konflikte entschärfen, man will Akzeptanz.

Es gibt Leitlinien dafür, die vor Jahren Gesine Schwan für die Wohnungsbaugesellschaften entwickelt hat. Ziel der Beteiligung von Bürgern sei es, so heißt es stolz in dem Geleitwort, »Grundkonsense zu erreichen, die auch bei Konflikten von allen Bürgern akzeptiert werden können, weil sie grundsätzlich Vertrauen in das politische System haben«.

In Pankow ist man davon allerdings weit entfernt. Es scheint, als hätten inzwischen weder die Bürger noch die Wohnungsbaugesellschaft noch die Politiker von Kommune und Land selbst Vertrauen in das politische System.

#### **Die Wohnungsbaugesellschaft**

Nur ein paar Steinwürfe von den umkämpften Höfen der Kavalierstraße entfernt steht das Hauptquartier der Gesobau in einer sanierten 2020 reichte die Gesobau trotzdem ihren Bauantrag ein. Man war guter Dinge. »Wenn der Bezirk ablehnt, haben wir das Recht, die Widerspruchsbehörde anzurufen.« Und mit der hatte man sich bereits abgestimmt, denn es ist praktischerweise die Senatsverwaltung für Bauen.

Doch das Bezirksamt lehnte nicht ab. Es stimmte auch nicht zu. Es tat einfach gar nichts. Gegen eine Nicht-Entscheidung kann nämlich niemand Widerspruch einlegen. Holborn sieht darin Rechtsmissbrauch. »Wenn wir das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandeln verlieren, dann hat kei-

gungsgesetzen« der vergangenen Jahre. Es gibt diese Art Gesetze, die Gesetze aushebeln, mittlerweile in allen möglichen Bereichen, ohne sie scheint nichts mehr zu gehen. Es gibt sie für Straßen, Stromtrassen, LNG-Terminals, für Planung, Ausführung, Genehmigungen, von Bayern bis Rügen. Deutschland hat sich in seinen eigenen Regeln verstrickt wie ein immer schneller zappelnder Fisch im Netz.

Die Anwohner in Pankow sind geschockt. Ihr Widerstand hat das Gegenteil des Gewünschten erreicht. Statt der vorher rund 200 neuen Mieter sollen nun 422 Geflüchtete die Innenhöfe in Pankow bewohnen. Sie wollen weiterkämpfen.









ehemaligen Kaserne. An den Wänden hängen meterhohe Porträts von Gesobau-Mietern – mit denen wohl auch erzählt werden soll, wer die Gesobau sein will oder als was zumindest erscheinen: die Guten. Die auch denen Platz bieten, die sonst keinen haben oder bekommen.

Lars Holborn trägt Anzug, Turnschuhe, Intellektuellenbrille. Er ist Diplomkaufmann und Prokurist der Gesobau. Sich direkt in den Höfen, um die es geht, zum Gespräch zu verabreden hielt er zunächst für keine gute Idee. Sein Gesicht sei dort bekannt, und er könne da nicht auftauchen, ohne dass gleich die Anwohner angerannt kämen. Man würde keine ruhige Minute haben.

Seit fünf Jahren sei man mit dem Bezirk Pankow im Gespräch, sagt Holborn. Erst sei alles gut gelaufen. Dass gebaut werden müsse, sei ja klar. Man sei mit den Plänen im Bauausschuss gewesen, man habe Bezirksverordnete eingeladen, man habe die Bürgerbeteiligung organisiert. Man habe insgesamt 52 Varianten geplant und vorgestellt. Der Bezirk war einverstanden. Aber dann hätten die Anwohner sich organisiert, gegen das Bauvorhaben. Hätten Einwohneranträge durchgesetzt, Demos veranstaltet und den Bezirk auf ihre Seite gezogen.

Alle wünschen sich den mündigen Bürger. Aber wenn er dann für seine Interessen eintritt, ist es auch wieder nicht recht.

»Wir waren natürlich total verärgert, als der Bezirk plötzlich unserem Bauvorhaben die Unterstützung entzogen hat«, sagt Lars Holborn und macht keinen Hehl daraus, dass aus seiner Sicht die bevorstehenden Wahlen im Bezirk der Grund waren. ner mehr das Gefühl, dass Probleme wirklich gelöst werden.«

2021 klagte die Gesobau gegen das Bezirksamt, um eine Entscheidung über ihren Bauantrag zu erzwingen. Der Bezirk ist eine Untergliederung des Landes. Das Land ist Eigentümer der Gesobau. Auf gewisse Weise klagte man gegen sich selbst.

Der Bezirk beschloss, einen »Klima-Bebauungsplan« aufzustellen, der den Bau in den Höfen unmöglich macht. Die Senatsverwaltung untersagte diesen neuen Bebauungsplan, weil gesamtstädtische Interessen berührt seien. Naturschutzverbände schalteten sich ein, Fledermaus- und Singvogelpopulation wurden erfasst. So ging es immer weiter.

Irgendwann kam heraus, dass die von der Gesobau geplanten Wohnblöcke wohl doch nicht mit dem geltenden Baurecht vereinbar sind: zu groß, zu hoch, zu viel überbaute Fläche hieß es in einer Stellungnahme der Fachabteilung des Senats, und sie fügten sich nicht harmonisch in die nähere Umgebung ein. Das müssen sie aber. Harmonie ist ganz wichtig im deutschen Städtebau.

Die Gesobau zog die Klage gegen den Bezirk wieder zurück. Und stellte kurz vor Weihnachten 2022 den neuen Bauantrag, am widerspenstigen Bezirk vorbei. Bei Flüchtlingsunterkünften dürfen etliche normalerweise geltende Vorschriften außer Acht gelassen werden. Und: Zuständig für die Genehmigung ist der Senat. Neun Wochen später lag die Genehmigung vor.

Die »Sonderregelung für Flüchtlingsunterkünfte« ist nur eine von vielen »BeschleuniAber jetzt wird ihr Widerstand umgedeutet. Sie sind nun die, die keine Geflüchteten wollen. Hämische Botschaften werden in sozialen Netzwerken hinterlassen. »Jetzt trifft es mal die Richtigen« heißt es, in Anspielung auf die lokalen Wahlergebnisse. »Ich wünsche Euch gutes Gelingen bei Euren bunten toleranten Festen.« Und dass die Leute »ihre Teddys direkt aus dem Fenster in den Innenhof werfen können« – und erntet dafür Smileys.

Die Bürgerinitiative gibt sich ein neues Motto. Fremdenfeindlich wollen sie nicht sein. »Kiez macht Klima und integriert« heißt es jetzt. Sie hätten nichts gegen Geflüchtete, sagen sie.

Offenbar sehen das nicht alle so.

Drohbriefe gehen an Gesobau-Leute. Auf dem Parkplatz der Wohnungsbaugesellschaft werden Autofenster eingeschlagen, Reifen aufgestochen und Elektrofahrzeuge zerstört. Zwei AfD-Politiker treten in einem Anti-Flüchtlings-Film-Clip auf, der im Pankower Hof gedreht wird.

Viele haben Angst vor einer Eskalation. Jeder gibt den anderen die Schuld dafür.

Die Anwohnerinitiative distanziert sich von jeglicher Gewalt. Sie wollten nur ihre Höfe retten, sagen sie, ihre Bäume, ihr Idyll, ihr Zuhause.

## Senatsverwaltung für Bauen, Büro des Senators

Die Senatsverwaltung für Bauen liegt, umrandet von mehrspurigen Schnellstraßen, weit entfernt von den Pankower Höfen im alten West-Berlin in einem monumentalen Gebäu-

de aus den Dreißigerjahren. Der jetzige SPD-Bausenator Christian Gaebler war als Staatssekretär schon in der Vorgängerregierung für Bauen und Stadtentwicklung zuständig, und wenn man auf die Situation in Berlin blickt, kann man sagen: nicht sehr erfolgreich. Jetzt ist er selbst der Chef. Er muss liefern. »Ich bin für Gesamt-Berlin verantwortlich«, sagt er, »und nicht nur für einzelne Bewohner in Pankow. Wir haben Tausende von Geflüchteten in der Stadt in prekären Verhältnissen, über 100.000 Wohnungen fehlen.«

Hinter dem Heizungsrohr in seinem Büro mit Blick auf die Asphaltwüste des Fehrbelliner Erfahrung heraus werden Unterkünfte, in der viele Alleinreisende mitten im Wohngebiet untergebracht werden, weniger gut von der Stadtgesellschaft akzeptiert«.

Gaebler sieht nicht so aus, als wäre er ein großer Fan weiterer Bedenken. Eher so, als würde er sehr ungemütlich werden, wenn jetzt noch einer das Wort Fledermaus oder Stadtgesellschaft sagt.

Dann muss er weiter. Beim Rausgehen kann man den Schriftzug auf seiner Schaufel erkennen. Es ist der vom ersten Spatenstich des 16. Bauabschnitts der Autobahn 100. Zehn Jahre her. Für viele aus der Zeit gefallen. Unwirtschaftlichkeit ablehnt. »Es geht nicht darum, ob hier eine Wohnung mehr oder weniger entsteht«, sagt Bechtler. »Es geht um sozialen und gesellschaftlichen Frieden, und der ist unbezahlbar.«

Was Lars Holborn von der Gesobau als politischen Opportunismus empfindet, bezeichnet Bechtler schlicht als »seinen Job«. Warum sollen die Anwohner sich nicht an die Politiker des Bezirks wenden? Dafür, sagt Bechtler, seien sie ja gewählt. Und die Bezirkspolitiker kennen die Situation vor Ort nun mal besser. Das sei ebenfalls ihr Job. Dass die Naturschutzauflagen reine Verzögerungs-







Platzes klemmt ein Spaten. Es sieht aus, als würde er am liebsten gleich selbst losschippen. Der Senator steht unter Druck, und das merkt man. Das Innenhofprojekt in Pankow verfolgt ihn schon seit Jahren. »Es gab ja ein Bürgerbeteiligungsverfahren. Die Anwohnerinnen und Anwohner haben bis zum Schluss versucht, eine Bebauung zu verhindern. Jetzt wird versucht, über den Artenschutz das Ganze zu verzögern. Dabei geht es nicht wirklich um den Artenschutz. Alle Argumente werden genutzt: Da stehen Bäume. Wir haben zu wenig Grün, es gibt seltene Fledermäuse. Aber es läuft immer auf das Gleiche hinaus: Wir wollen nicht, dass hier was gebaut wird, und diese Leute wollen wir hier auch nicht haben. Da muss man einfach gegenhalten. Für mich ist der Punkt erreicht, wo ich sage: Das wird jetzt umgesetzt. An einer Bürgerbeteiligung kann man sich beteiligen oder es lassen. Aber wir sind keine Rätedemokratie.«

In seiner Freizeit war Gaebler lange als Fußballschiedsrichter tätig. Da war er der Spielleiter, er konnte pfeifen und ermahnen, und bei Fouls konnte er Leute vom Platz stellen, ohne Diskussion.

Wenn man ihn reden hört, wirkt er, als ob er das ziemlich vermisst.

Seine Kollegin von der Senatsverwaltung für Soziales und Integration hat allerdings schon vor einer Weile Bedenken angemeldet. Es sei schon so, dass Bedarf für Geflüchtetenheime bestehe, schreibt sie in einer Stellungnahme zum Pankower Bauprojekt. Aber es gebe bereits jetzt nicht genügend Schul- und Kitaplätze in der Gegend. Und aus »unserer

Immer wieder verzögert. Immer noch nicht fertig. Aber schon jetzt die teuerste Straße Deutschlands.

#### **Der Baustadtrat**

Cornelius Bechtler ist der im Bezirksamt zuständige Baustadtrat von Pankow. Seine Abteilung ist in Prenzlauer Berg untergebracht, in einem trostlosen Plattenbau am Rand eines Gewerbegebiets gegenüber einer Bowlingbahn. An einem düsteren Freitagnachmittag im Januar sitzt nur noch der Pförtner hinter seinem Empfangstresen und spielt auf seinem Handy Kugeln abschießen. Und der Stadtrat. »Erster Stock«, sagt der Pförtner, während sein Daumen weiter zuckt, »dann rechts«.

Draußen verwandelt sich der Regen langsam in Schnee, drinnen türmen sich die Akten. Denn auch wenn sich »Bezirk« klein anhört, ist Bechtler kein Feierabendpolitiker. Pankow ist der am schnellsten wachsende Teil Berlins und mit über 400.000 Einwohnern größer als Bonn.

Bechtler wirkt besorgt. »Wir sind in der Verpflichtung, eine Lösung hinzubekommen, bei der sich nicht einfach der Stärkere durchsetzt. Aber die Menschen glauben, dass wir dazu gar nicht mehr in der Lage sind.« Er wirbt für den Kompromiss mit den weniger Wohnungen, den der Bezirk mit der Initiative erarbeitet hat und den die Gesobau wegen

1 | Prokurist der Wohnungsbaugesellschaft Gesobau Holborn 2 | Berliner Bausenator Gaebler 3 | Adventssingen der Nachbarschaft 4 | Abgesperrter Spielplatz in Hinterhof im Winter taktik seien, weist er zurück. »Die Gesetze dazu existieren. Und die hat nicht der Bezirk Pankow gemacht. Es gibt dazu Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, weil das Artensterben dramatisch ist und das Leben auf dieser Welt dadurch infrage gestellt wird.«

Seit Januar sind weitere Wochen ins Land gegangen. Passiert ist noch nichts. Berlins Bausenator Gaebler hat ein »Schneller-bauen-Gesetz« angekündigt. Es soll der Senatsverwaltung mehr Entscheidungsbefugnisse einräumen. Mit der Pankower Anwohnerinitiative will er nichts mehr zu tun haben. »Es wird dort keinen runden Tisch mehr geben«, sagt Gaebler. »Es ist bereits alles diskutiert worden. Irgendwann muss auch mal ein Schlusspunkt gesetzt werden.«

Es klingt markig. Ob es auch schlau ist, ist eine andere Frage. Die Leute wird man noch brauchen, in Pankow und anderswo. Irgendwer muss den Neuankömmlingen bei Behördengängen helfen, Deutschunterricht veranstalten und mal einen Ausflug, wenn die Geflüchteten wirklich irgendwann da sein sollten, irgendwer muss sie integrieren. Der klamme Berliner Senat hat gerade Gelder dafür gestrichen.

Neulich kam Said mit dem Roller zur Arbeit und wollte ihn an der Straße abstellen. Du darfst hier nicht parken, habe ein Anwohner gesagt, ihr nehmt uns schon die ganze Fläche weg. »Ich nehme doch keinem was weg«, habe Said gesagt. »Ich mache hier nur meinen Job.«

Die Gesobau hat versichert, die Bäume mit Fledermäusen drin vorerst in Ruhe zu lassen.

Aber die Leute sind misstrauisch. Sie reden über Wachen und Alarmketten und wer wen benachrichtigt, wenn die doch anrücken und einfach heimlich fällen. Sie halten es offenbar für möglich.

Der Bezirk hat auch noch nicht klein beigegeben. Er übt stille Sabotage, so sieht es zumindest Lars Holborn von der Gesobau. Der Bezirk versuche, durch ständig neue Auflagen die Sache weiter in die Länge zu ziehen. Oder durch Tricks: »Wir haben jetzt den dritten Sachbearbeiterwechsel. Wir haben eine Mail erhalten, darin steht: Danke, dass Sie alles mit uns abgestimmt haben. Die bisheri-

gemutet werden könnte, sich nach neuen Brutplätzen umzusehen.

Oder ob es sich bei dem fraglichen Quartier überhaupt um ein Wohngebiet handle und nicht viel mehr um ein Mischgebiet mit Gewerbe, in dem eine Flüchtlingsunterkunft als »Anlage für soziale Zwecke« sowieso zulässig sei.

Die von der Gesobau engagierten Anwälte haben vor Ort recherchiert und verweisen in einem Schriftsatz unter anderem auf einen Zauberer, einen kleinen Laden mit selbst genähten Taschen namens Erdmännchen, den Probenraum einer Jazzband und einen Tischler.



ge Mitarbeiterin ist ab sofort nicht mehr zuständig, jetzt macht es der andere Mitarbeiter. Dann haben wir uns mit dem neuen Mitarbeiter abgestimmt, und der war nach vier Wochen auch wieder weg. Jetzt gibt's wieder einen neuen Ansprechpartner.«

Politisch ist anscheinend nichts mehr zu

Der Streit hat sich auf die Gerichte verlagert. In verschiedenen Verfahren wird unter anderem darum gestritten, ob und welche Fledermausarten sich in genau welchen Bäumen befinden und ob den Buntspechten zu-

Artenschutzgutachter der klagenden Naturschutzverbände haben zusätzlich Klappergrasmücken, Rotkehlchen, Grünspechte und Kolonien von Haussperlingen entdeckt, die im Fall des Baus nicht mehr wüssten, wohin.

Die Gesobau musste unterschreiben, dass sie die Wohnungen, die sie für 30 Millionen Euro in der Kavalierstraße errichten will, wieder abreißen werde und die Grünflächen neu bepflanzen, wenn sie für Flüchtlinge nicht mehr gebraucht würden. Das schreiben die Sonderregelungen nämlich vor. Falls es bis dahin nicht Sonder-Sonder-Regelungen gibt.

Der Fisch zappelt weiter. Alle suchen nach Lücken. Alle suchen Klappergrasmücken. Alle suchen Zauberer.

Das nächste Urteil, diesmal vom Oberverwaltungsgericht, wird für Mitte Februar erwartet. Was dann passiert: unklar.

Anfang Januar sah es schon mal kurz nach einem Showdown aus in den grünen Höfen in Pankow. Die Gesobau ließ Maschinen zum Fällen anrollen, denn man hatte vor dem Verwaltungsgericht im Eilverfahren erreicht, dass die Anordnung der sofortigen Vollziehung einer Untersagungsverfügung aufgehoben wurde, womit die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wieder hergestellt wurde. Ja, genau. Man hatte Polizei mitgebracht, um die Durchfahrt des schweren Geräts durch die schmale Zufahrt gegen die eigenen Mieter abzusichern. Die Anwohner hatten allerdings Wind von der Aktion bekommen und erwarteten die schweren Fahrzeuge bereits in der Zufahrt stehend mit Trillerpfeifen und Kochtopfgeschepper. Einer spielte Blockflöte.

Das Rechtsamt des Bezirks hatte ebenfalls davon erfahren und entgegen seinen Gewohnheiten die Nacht durchgemacht, um eine Beschwerde einzulegen. An diesem Morgen um halb acht standen die Damen vom Rechtsamt vor Lars Holborn, der persönlich herbeigeeilt war, und wedelten mit einem neuen Bescheid. Auch sie baten die Polizei um Unterstützung damit die Gesobau nicht mit dem Fällen anfängt.

Der Abschnittsleiter, ein freundlicher Polizist namens Knüppel, tat sein Bestes.

Er erhob die Zusammenkunft der Anwohner in den Status einer spontanen Demonstration, damit alles seine Ordnung hatte, ernannte eine Versammlungsleiterin und wies den Demonstranten ein paar Quadratmeter unter einem Baum als »Versammlungsort« zu. Lars Holborn legte gegen den Ort der Versammlung Widerspruch ein, denn er sei zu nah am späteren Fäll-Geschehen und außer-



"Um Neues zu entwickeln, brauche ich eine sichere wirtschaftliche Basis. Die schaffe ich gemeinsam mit meiner Steuerberaterin."

Armin Machhörndl, Kaffeerösterei Machhörndl

Als Unternehmer ist es nicht immer einfach, das Richtige zu entscheiden. Ihre Steuerberatung berät Sie kompetent und schafft gemeinsam mit Ihnen solide wirtschaftliche Grundlagen im Unternehmen.



gemeinsam-besser-machen.de



# **SPIEGEL TV** Programm



**Rechtsextremist Liebich** 

#### SPIEGEL TV

MONTAG, 12.2., 23.25 - 0.00 UHR, RTL

## Die KZ-Leugner: Wie Rechtsextreme die Gedenkstätten des NS-Terrors verhöhnen

Der Hass gegen Juden hat in Deutschland wieder Hochkonjunktur. Das Konzentrationslager Buchenwald erhält reihenweise Post mit antisemitischen Beschimpfungen. Dort werden Hakenkreuze geschmiert, offen der Holocaust geleugnet. Manchmal kommen sogar bekannte Rechtsextreme zu Besuch. Wie Sven Liebich, der vor dem Lagertor ein Selfie macht und anschließend auf Telegram postet: »Vergesst nicht, heut' wieder 22 Uhr in Euren Baracken zu sein. « SPIEGEL TV über die Ewiggestrigen und ihren neuen Terror gegen Juden.

# **DIE SONNE**

SAMSTAG, 10.2., 20.15 - 21.45 UHR, ARTE

# Die Sonne ist das Wunder, das alles begründet – aber auch die größte Gefahr

Erstmals widmet sich ein abendfüllender Dokumentarfilm dem Thema, was unser



Sonne

Heimatstern für Mensch, Wissenschaft, und Natur bedeutet. Für die Erde ist die Sonne nicht irgendein Stern. Sie ist der Stern schlechthin. Doch je weiter die Wissenschaft ihrer Spur folgt, desto näher kommt sie dem Ende. Davon berichten Forscherinnen und Forscher der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa, aus kanarischen Observatorien und von den heißesten und kältesten Orten des Planeten.

#### ΓERRA X HISTORY

SONNTAG, 11.2., 23.50 - 0.35 UHR, ZDF

#### Mord und Totschlag – Kriminalität unterm Hakenkreuz



Lockvögel der Berliner Kripo 1941

»Unter Hitler hat man sich immerhin sicher gefühlt« -die Kriminalgeschichte widerlegt diese bis heute verbreitete Mär: Serientäter, Mörder und Vergewaltiger wurden im Dritten Reich oft totgeschwiegen, ihre Taten sogar vertuscht, um die NS-Propaganda einer Gesellschaft ohne Kriminalität nicht zu entlarven. Anhand historischer Ermittlungsakten mit Originalzeugenaussagen und Tatortfotos dokumentiert der Film den wahren Umgang mit Verbrechen unterm Hakenkreuz.

#### REPORTER

dem gehöre die Fläche der Gesobau. Herr Knüppel beschied, darum werde er sich kümmern, wenn es so weit sei, noch würde ja niemand fällen. Dann studierte er die neue Verfügung des Bezirks, stellte fest, dass das eine Schreiben neuer war als das andere, und untersagte die weiteren Arbeiten, bis ein Gericht auch darüber entschieden hätte. Der Anwalt der Gesobau verlor kurz die Fassung.

Alle standen noch eine Weile in der Kälte herum. Die Anwohner klapperten mit Töpfen und flöteten und hielten kleine Reden. Die Gesobau-Chefs warteten, ohne genau zu wissen, worauf eigentlich. Die Gartenbauer standen vor den Bäumen, froren und schauten immer öfter auf die Uhr. Ein paar Meisen hockten in den Büschen. Said und seine Leute hielten sich im Hintergrund.

Seit einigen Wochen läuft eine Kampagne des Senats mit Plakaten von Wohnungssuchenden, die dringend ein neues Zuhause benötigen. Alleinerziehende, Rollstuhlfahrer, Studenten, alle, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben. Geflüchtete sind allerdings nicht dabei. Es sind auch gar keine echten Wohnungssuchenden auf den Plakaten. Es sind nicht mal echte Menschen, sondern mit künstlicher Intelligenz generierte. Wahrscheinlich sind sie im Umgang einfacher. Sie sammeln keine Unterschriften und gründen keine Bürgerinitiativen. Sie haben Gesichter, bei denen nichts stört, und Wohnungen brauchen sie in Wahrheit auch nicht.

Für Said, den Wachmann, ist es manchmal schwer, die Stunden rumzukriegen, denn es passiert nicht viel. Er hat Zwölf-Stunden-Schichten, drei Tage Arbeit, vier Tage frei. Er hat nette Kollegen, sie reden viel, die meisten von ihnen haben ausländische Wurzeln, Bosnien, Libanon, einen Voll-Deutschen haben wir auch, sagt Said und lacht. Er will nicht jammern. Die Bezahlung sei gut, im Bauwagen ist eine Heizung, sie haben drei Dixi-Klos. »Ich hab schon anders gearbeitet«, sagt er. In Flüchtlingsunterkünften zum Beispiel.

Saids Eltern sind Palästinenser. Er ist Berliner, verheiratet, und bald wird er Vater. Aber er wohne noch in seinem Kinderzimmer, erzählt er, und seine Frau auch. Sie finden einfach keine Wohnung in Berlin. Die Herzen, die sie in den Schnee gemalt haben, sind inzwischen weggetaut. Es gab zwischendurch Neuschnee, aber Schneemänner haben sie nicht mehr gebaut. Sie wollen wirklich niemanden provozieren.

Ein paar Tage später wurden die Maschinen aus den Höfen wieder abtransportiert. An diesem Tag waren wütende Bauern nach Berlin eingefahren und hatten die Stadt lahmgelegt. Das laute Hupen und Tröten konnte man bis nach Pankow hören.

Dort, am Metallgitter, lassen Said und seine Kollegen hin und wieder Anwohner durchschlüpfen, bis zu dem Baum mit dem Schrank drum herum. Sie dürfen sich Bücher aus der Bibliothek des Vertrauens rausnehmen, aber keine neuen reinstellen.